

Ergebnisniederschrift

**über die Sitzung des Kreistags (KT/VIII-026/2010)
des Landkreises Darmstadt-Dieburg**

**am 28.06.2010, 13:00 Uhr bis 16:25 Uhr,
Kreistagssitzungssaal,
Kreishaus Darmstadt, Jägertorstraße 207, 64289 Darmstadt**

- - -

Tagesordnung

TOP	Betreff
Öffentlicher Teil	
1.	Bericht des Vorsitzenden des Kreistags
2.	Bericht des Vorsitzenden des Kreisausschusses
2.1.	Genehmigung der Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2010 und 2011 Vorlage: 3606-2010/DaDi
2.2.	Genehmigung der Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2010 und 2011 - Anfrage CDU Vorlage: 3658-2010/DaDi
3.	Berichte der Kreistagsausschüsse
4.	Beschlussempfehlungen der Kreistagsausschüsse
5.	Gesundheitspolitische Zielsetzung und konzeptionelle Vorgaben für die Kreisklinik Vorlage: 3468-2010/DaDi
6.	"Gut"-Das Förderprogramm für Vereine im Landkreis Darmstadt-Dieburg -Darlehen/Bürgschaft für den DJK-SV Viktoria Dieburg e.V.- Vorlage: 3483-2010/DaDi
7.	Fortschreibung der Gefahrenabwehrlogistik GAL 2010 Vorlage: 3493-2010/DaDi
8.	Anpassung der Satzung der Sparkasse Darmstadt Vorlage: 3508-2010/DaDi
9.	Erweiterung der Angebote der Betreuenden Grundschulen an der Gutenbergschule und der Marienschule in Dieburg Vorlage: 3542-2010/DaDi

10.	Entwicklung der Arbeitslosenzahlen - Antrag Die Linke/DKP Vorlage: 3605-2010/DaDi
11.	Verträge zur Reinigung an Schulen - Antrag Die Linke/DKP (Antrag gemäß § 29 Abs. 2 Satz 2 HKO) Vorlage: 3607-2010/DaDi
11.1.	Bestimmung eines Akteneinsichtsausschusses
12.	Sanierung Berufsschulzentrum Nord - Antrag Die Linke/DKP Vorlage: 3608-2010/DaDi
13.	Einrichtung einer Ombudsstelle für den Bereich des Sozialgesetzbuches II (SGB II) - Antrag SPD, Grüne Vorlage: 3612-2010/DaDi
14.	Entwicklung eines inklusiven Bildungssystems - Antrag SPD, Grüne Vorlage: 3616-2010/DaDi
15.	Einrichtung von gebundenen Ganztagschulen - Antrag SPD, Grüne Vorlage: 3617-2010/DaDi
16.	Nordostumgehung - Antrag CDU, FDP und FW Vorlage: 3618-2010/DaDi
17.	Schulentwicklungsplanung - Antrag CDU, FDP und FW Vorlage: 3619-2010/DaDi
17.1.	Schulentwicklungsplanung Ergänzungsantrag FDP Vorlage: 3668-2010/DaDi
17.2.	Schulentwicklungsplanung Änderungsantrag SPD und Bündnis 90/Die Grünen Vorlage: 3669-2010/DaDi
18.	Eingliederungsmaßnahmen nach SGB II - Anfrage Die Linke/DKP Vorlage: 3609-2010/DaDi
19.	Schulreinigung - Anfrage Die Linke/DKP Vorlage: 3610-2010/DaDi
20.	Kein gemeinsamer Schulentwicklungsplan - Anfrage Die Linke/DKP Vorlage: 3611-2010/DaDi
21.	Projekt "D 115" - Anfrage FDP Vorlage: 3613-2010/DaDi
22.	Investitionsprogramm "Kinderbetreuungsfinanzierung" - Anfrage FDP Vorlage: 3614-2010/DaDi

Anwesende	
Fraktion der SPD	
Frau Angelika Dahms	
Herr Horst Deusinger	
Herr Ludwig Gantzert	
Herr Rolf Geiger	
Herr Dr. Mathias Göbel	
Herr Martin Griga	ab TOP 2 (13:05 Uhr)
Herr Bernd Hartmann	
Frau Karin Hartmann	bis TOP 17 (15:10 Uhr)
Herr Bürgermeister Karl Hartmann	
Frau Margrit Herbst	
Herr Hans-Peter Hörr	
Frau Gudrun Kirchhöfer	
Frau Brigitte Kitzing	
Herr Aron Krist	
Frau Jennifer Larem	
Herr Clemens Laub	
Herr Dr. Ralf-Rainer Lavies	
Herr Bürgermeister Norbert Leber	
Herr Hans-Jürgen Lohde	
Frau Katharina Müller	
Herr Bürgermeister Joachim Ruppert	
Herr Helmut Schmid	
Herr Bürgermeister Werner Schuchmann	
Frau Karin Spalt	
Frau Bürgermeisterin Christel Sprößler	bis TOP 14 (14:20 Uhr)
Herr Ludwig Vierheller	
Frau Dagmar Wucherpfennig	
Fraktion der CDU	
Herr Peter Christ	
Frau Marita Euler	bis TOP 17 (16:05 Uhr)
Herr Boris Freund	
Herr Frederik Fuchs	
Herr Janek Gola	
Herr Bürgermeister Achim Grimm	
Herr Heiko Handschuh	
Herr Bürgermeister Carsten Helfmann	bis TOP 17 (15:40 Uhr)
Herr Albert Henrich	bis TOP 17 (16:05 Uhr)
Herr Marco Hesser	
Herr Gerhard Hoffmann	
Frau Marita Keil	
Herr Lutz Köhler	
Frau Iris Landgraf-Sator	
Herr Winfried Landrock	
Herr Dr. Klaus Löttsch	
Frau Karin Neipp	
Herr Manfred Pentz	
Herr Reinhard Rupprecht	
Herr Waldemar Stetter	

Anwesende	
Herr Rainer Steuernagel	
Herr Siegfried Sudra	
Herr Hans Volkmann	
Herr Horst Vollrath	
Fraktion von Bündnis90/Die Grünen	
Herr Robert Ahrnt	
Frau Vera Baier	
Herr Prof. Dr. Friedrich Battenberg	
Herr Christian Flöter	
Frau Brigitte Harth	
Herr Jochen Myrzik	
Frau Barbara Roos	
Herr Dr. Walter Sydow	
Fraktion der FDP	
Herr Dr. Albrecht Achilles	
Herr Klaus-Jürgen Hoffie	
Herr Heinz Huthmann	
Fraktion der FW	
Frau Irmgard Fischer	
Herr Horst Pasewald	
Fraktion von Die Linke-DKP	
Herr Werner Bischoff	
Kreisausschuss	
Herr Kreisbeigeordneter Uwe Bültel	
Herr Kreisbeigeordneter Dieter Emig	
Herr Kreisbeigeordneter Christel Fleischmann	
Frau Kreisbeigeordnete Doris Hofmann	
Frau Kreisbeigeordnete Anita Korte	
Frau Erste Kreisbeigeordnete Rosemarie Lück	
Herr Kreisbeigeordneter Prof. Dr. Hans Neunhoeffler	bis TOP 17 (16:00 Uhr)
Herr Landrat Klaus Peter Schellhaas	
Frau Kreisbeigeordnete Anna Schneider	
Herr Kreisbeigeordneter Dietmar Schöbel	
Frau Kreisbeigeordnete Marianne Streicher-Eickhoff	
Frau Kreisbeigeordnete Karin Voigt	ab TOP 15 (14:20 Uhr)
Verwaltung	
Herr Edgar Bodensohn	
Herr Thomas Fiedler	
Herr Klaus Grimm	
Frau Manuela Gunkel	
Herr Frank Horneff	
Herr Rainer Leiß	
Herr Ralf Möller	
Herr Ralph Obszanski	
Frau Ute von Massow	
Herr Otto Weber	

Abwesende
Fraktion der SPD
Herr Rainer Wüst
Fraktion der CDU
Herr Bürgermeister Udo W. Henke
Herr Erhardt Zachertz
Fraktion der FDP
Frau Sigrid-Inge Slabon
Fraktion der FW
Frau Brigitte Tesch
Fraktion von Die Linke-DKP
Herr Walter Busch-Hübenbecker
Kreisausschuss
Herr Kreisbeigeordneter Rolf Meyer
Herr Kreisbeigeordneter Georg Theiß

Vorsitzender Dr. Lavies stellt fest:

1. Die Einladung zur Sitzung des Kreistages ist form- und fristgerecht ergangen.
2. Der Kreistag ist beschlussfähig.
3. **Vorsitzender Dr. Lavies** verweist auf die aktualisierte Tagesordnung. Er teilt mit, dass zu TOP 17 (Vorlage-Nr. 3619-2010/DaDi, Schulentwicklungsplanung, Antrag CDU, FDP und FW) ein Ergänzungsantrag der FDP-Fraktion (Vorlage-Nr. 3668-2010/DaDi) unter TOP 17.1 und ein Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen (Vorlage-Nr. 3669-2010/DaDi) unter TOP 17.2 vorliegt. Weitere Änderungswünsche werden nicht erhoben.
4. Einwände gegen die Ergebnisniederschrift der 25. Sitzung des Kreistages wurden nicht erhoben.
5. Schriftführer ist Rainer Leiß.

Protokoll
des öffentlichen Teils

Beschluss zu TOP 1.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Bericht des Vorsitzenden des Kreistags**

Beschluss:

Vorsitzender Dr. Lavies teilt mit, dass er nichts zu berichten hat.

Beschluss zu TOP 2.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Bericht des Vorsitzenden des Kreisausschusses**

Beschluss:

Landrat Schellhaas berichtet über:

- die Initiative zum Ausbau der Breitbandversorgung,
- den aktuellen Sachstand zur Nordostumgehung,
- die Haushaltsgenehmigung.

Beschluss zu TOP 2.1.

Vorlage-Nr.: 3606-2010/DaDi

Aktenzeichen: 031-038

Betreff: **Genehmigung der Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2010 und 2011**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Landrat Schellhaas teilt mit,

dass der Regierungspräsident die Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2010 und 2011 mit Verfügung vom 28.05.2010 mit Auflagen genehmigt hat.

Die Genehmigungsverfügung wird gemäß § 29 Abs. 3 HKO dem Haupt- und Finanzausschuss und dem Kreistag zur Kenntnisnahme vorgelegt.

Beschluss zu TOP 2.2.

Vorlage-Nr.: 3658-2010/DaDi

Aktenzeichen: 031-038

Betreff: **Genehmigung der Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2010 und 2011
- Anfrage CDU**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Vorsitzender Dr. Lavies stellt fest, dass mit der Vorlage die durch den **Abg. Christ** (CDU) in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 21.06.2010 gestellten Fragen beantwortet sind.

Anfrage CDU-Fraktion:

In seinen Feststellungen stellt der RP S. 2 fest, dass sich „in den Haushaltsjahren 2008 + 2009 positive Jahresergebnisse die Haushaltslage noch stabilisiert“ haben.

1. Aus den uns vorliegenden Unterlagen weist das Jahr 2009 ein negatives Ergebnis aus (Fehlbetrag = 4,3 Mio. Euro).

Liegen dem RP andere Unterlagen vor?

Wenn ja, bitte ich uns diese bis zur Kreistagsitzung zur Verfügung zu stellen.

Außerdem bitten wir uns die vorläufigen Abschlusszahlen per. 31.12.2009 inklusive der evtl. vorgenommenen Abschlussbuchungen möglichst im Laufe der Woche zur Verfügung zu stellen.

Das Jahresergebnis 2009 ist noch nicht abschließend erstellt, da

- 1) *die Zusammenführung der Buchungskreise 4000 (Landkreis Darmstadt-Dieburg) und 4040 (Kreisagentur für Beschäftigung) vorzunehmen war und*
- 2) *durch die Neueinführung des Templates zum 01.10.2010 sich eine zeitliche Verschiebung ergeben hat.*

2. Auf Seite 3 teilt der RP im Abs. 3 mit, dass das im Wirtschaftsplan 2010 des Da-Di-Werkes beantragte Kreditvolumen um 14,9 Mill. Euro gekürzt wird.

Welche Auswirkungen hat das auf den Prioritätenkatalog der Schulsanierungen und auf die Landeszuschüsse aus den Investitionsprogrammen SIP und KIP?

Unabhängig der zukünftigen Einzelgenehmigungen der Kredite durch den RP teilt dieser mit, dass der Kreditbetrag von 26,5 Mio. Euro nicht überschritten werden darf und fordert den Kreistag auf entsprechende Beschlüsse zu fassen, „welche Maßnahmen priorisiert werden sollen, damit diese Vorgabe eingehalten werden kann.“

Bis wann werden von der Verwaltung entsprechende Vorschläge unterbreitet und dem Kreistag vorgelegt?

Aufgrund der Kürzung des Kreditvolumens im Wirtschaftsplan des Da-Di Werks 2010 um 14,9 Millionen Euro wird derzeit eine Prüfung vorgenommen, wie durch zeitliche Verschiebung einzelner Projekte diese Reduzierung des Kreditvolumens erreicht werden kann. Sobald diese Liste vorliegt, wird, wie in der Haushaltsverfügung gefordert, in der Kreistagsitzung im September eine aktualisierte Investitionsliste für das Jahr 2010 erstellt und dem Kreistag zur Beschlussfassung vorgelegt.

Die Maßnahmen des Sonderinvestitionsprogramm des Landes sowie des kommunalen Investitionsprogramms des Bundes sind hiervon nicht betroffen.

Ist beabsichtigt evtl. die Kreditermächtigungen für den Kreishaushalt auf das Da-Di-Werk zu übertragen?

Nein, ist nicht zulässig.

3. Seite 5 teilt der RP mit, dass seine Auflagen auch die Eigenbetriebe umfassen: Bis wann ist unter diesem Aspekt mit dem vom RP geforderten konkretisierten Haushaltskonzept zu rechnen?

Am 19.04.2010 hat sich die Arbeitsgruppe Haushaltskonsolidierung konstituiert. In dieser wird u. a. das Haushaltskonsolidierungskonzept konkretisiert, in dem die bereits genannten Maßnahmen und mögliche neue Beiträge zur Konsolidierung ermittelt werden. Daraus ergibt sich dann eine Konkretisierung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes. Dies wird im letzten Quartal dieses Jahres soweit abgeschlossen sein, dass eine Fortschreibung der Konsolidierung dem Regierungspräsidium vorgelegt werden kann.

Wir bitten um eine schriftliche Mitteilung bis zur Kreistagssitzung, wie und bis wann die Verwaltung die Auflagen des RP erfüllt bzw. in Angriff nehmen wird?

Die Umsetzung aller Auflagen erfolgt im Laufe des Jahres 2010. Eine exakte zeitliche Festlegung bezogen auf die einzelnen Auflagen ist nicht möglich.

Bis wann ist mit dem ersten Vollzugsbericht (S. 6 Pkt. 10) an den Kreistag zu rechnen?

Die Berichte über den Stand des Haushaltsvollzuges erfolgen in Form der Quartalsberichte.

4. Außerdem bitte ich uns bis zur Kreistagssitzung den Stand der Schulden des Kreises, der Regie- und Eigenbetriebe sowie die offenen Verbindlichkeiten zum Jahreschluss 31.12.2009 aufgedgliedert auf den Kreis und die Regie- und Eigenbetriebe mitzuteilen.

Eigenbetrieb	Stand 31.12.2009
Eigenbetrieb KiBiS (Kinder-/Jugendbetreuung und Bildungsstätten)	3.832.559,85 €
Eigenbetrieb Kreisagentur für Beschäftigung (KfB)	
Eigenbetrieb Kreiskliniken (KKH)	7.594.850,57 €
Da-Di-Werk, Eigenbetrieb für Umweltmanagement	7.256.136,64 €
Da-Di-Werk, Eigenbetrieb für Gebäudemanagement	27.939.289,00 €
Summe	46.622.836,06 €

Zuzüglich Schuldenstand Landkreis	
Kreditmarkt und KfW	117.314.179,83 €
Darlehen des Hessischen Investitionsfonds A + B (Ohne Sonderbeitrag!)	17.313.282,72 €

zuzügl. Sonderverm. KM+Sonder

Zwischensumme	134.627.462,55 €	46.622.836,06 €	181.250.298,61 €
SIP (Anteil Land und Landkreis)*	10.964.000,00 €	1.827.333,34 €	9.136.666,66 €
Summe Landkreis Kreditmarkt (KM) und SIP	145.591.462,55 €	Landkreis	Land

Beschluss zu TOP 3.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Berichte der Kreistagsausschüsse**

Beschluss:

Vorsitzender Dr. Lavies verweist auf die vorliegenden Niederschriften der Kreistagsausschüsse.

Beschluss zu TOP 4.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Beschlussempfehlungen der Kreistagsausschüsse**

Beschluss:

Vorsitzender Dr. Lavies stellt fest, dass keine Beschlussempfehlungen der Kreistagsausschüsse vorliegen.

Beschluss zu TOP 5.

Vorlage-Nr.: 3468-2010/DaDi

Aktenzeichen: 519-006

Betreff: **Gesundheitspolitische Zielsetzung und konzeptionelle Vorgaben für die Kreisklinik**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Vorsitzender Dr. Lavies verweist auf die in den Kreistagsausschüssen erfolgten Beratungen und stellt Einvernehmen des Kreistages fest, entsprechend den Beschluss-Empfehlungen die Vorlage zur Kenntnis zu nehmen.

Beschlussvorschlag:

Die nachfolgenden zweistufigen unternehmens- und gesundheitspolitischen Vorgaben für die künftige Entwicklung der Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg werden vom Kreistag zur Kenntnis genommen.

Auf der obersten Ebene steht als Vision:

Die Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg gewährleisten eine kundenorientierte wohnortnahe medizinische Versorgung von hoher Qualität in menschlicher Atmosphäre.

Zur Verwirklichung dieser Vision werden die nachfolgenden strategischen Ziele gleichberechtigt verfolgt:

- Über die Grund- und Regelversorgung hinaus erfolgt eine Spezialisierung im medizinischen Leistungsspektrum durch den Aufbau medizinischer „Leuchttürme“
- Prozess-, Ergebnis- und Strukturqualität werden permanent weiterentwickelt
- Partnerschaften im regionalen Kontext sind einzugehen, wenn sie den strategischen Zielen entsprechen und die Wettbewerbsfähigkeit verbessern.
- Die Wirtschaftlichkeit ist stetig und nachhaltig zu erhöhen.
Dazu sind Erlöse und Kosteneffizienz dauerhaft zu steigern. Kurzfristige Ergebnisverbesserungen dürfen nicht zu Lasten einer nachhaltigen Entwicklung gehen.

Die Umsetzung der strategischen Zielsetzungen soll erreicht werden durch:

- Steigern des Servicegedankens
- Bauliche Weiterentwicklung
- Medizinische Weiterentwicklung
- Menschliche Mitarbeiterführung
- Permanente Mitarbeiterqualifizierung

Es obliegt der Klinikleitung geeignete Maßnahmen zur Umsetzung dieser Vorgaben im Rahmen der satzungsmäßigen Kompetenzen einzuleiten beziehungsweise im Wege der Investitions- und Wirtschaftsplanung den zuständigen Gremien zur Umsetzung vorzuschlagen.

Beschluss zu TOP 6.

Vorlage-Nr.: 3483-2010/DaDi

Aktenzeichen: 530-003

Betreff: **"Gut"-Das Förderprogramm für Vereine im Landkreis Darmstadt-Dieburg
-Darlehen/Bürgschaft für den DJK-SV Viktoria Dieburg e.V.-**

Beschluss: **ungeändert beschlossen**

Beschluss:

Der Landkreis Darmstadt-Dieburg stimmt der Laufzeitverlängerung für das Darlehen Nr. 9 der DJK-SV Viktoria Dieburg e.V. von bisher 10 Jahre und 9 Monate auf 15 Jahre und 6 Monate zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
 Zustimmung (Ja):
 Ablehnung (Nein):
 Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FW	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Linke-DKP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Fraktionslos	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 7.

Vorlage-Nr.: 3493-2010/DaDi

Aktenzeichen: 150-001

Betreff: **Fortschreibung der Gefahrenabwehrlogistik GAL 2010**

Beschluss: **ungeändert beschlossen**

Beschluss:

Die Gefahrenabwehrlogistik 2010 wird in der als Anlage der Vorlage-Nr. 3493-2010/DaDi beigefügten Fassung vom 26.02.2010 beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
 Zustimmung (Ja):
 Ablehnung (Nein):
 Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FW	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Linke-DKP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Fraktionslos	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 8.

Vorlage-Nr.: 3508-2010/DaDi

Aktenzeichen: 921-003

Betreff: **Anpassung der Satzung der Sparkasse Darmstadt**

Beschluss: **ungeändert beschlossen**

Beschluss:

Die Anpassung der Satzung der Sparkasse Darmstadt (Anlage 1 zur Vorlage-Nr. 3508-2010/DaDi, rechte Spalte) wird in der vom Verwaltungsrat der Sparkasse Darmstadt am 12.3.2010 beschlossenen Fassung zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
 Zustimmung (Ja):
 Ablehnung (Nein):
 Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FW	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Linke-DKP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Fraktionslos	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 9.

Vorlage-Nr.: 3542-2010/DaDi

Aktenzeichen: 221-002

Betreff: **Erweiterung der Angebote der Betreuenden Grundschulen an der Gutenbergschule und der Marienschule in Dieburg**Beschluss: **ungeändert beschlossen****Beschluss:**

- a) Der Erweiterung der Betreuungsangebote an der Gutenbergschule und der Marienschule in Dieburg ab 01.08.2010 wird zugestimmt.
- b) Die erforderlichen Mittel werden gemäß § 114 g HGO auf dem Produkt 1.03.09.03 unter den Kontengruppen 6200000, 6400000, 6470000 und 6011000 überplanmäßig zur Verfügung gestellt. Die Deckung erfolgt durch Mehreinnahmen auf dem Produkt 1.03.09.03 unter den Kontengruppen 5110000 und 5482000.
- c) Die Gebührensatzung des Landkreises Darmstadt-Dieburg vom 12.03.2007 wird wie folgt geändert:

**Änderungssatzung zur Gebührensatzung für die
„Betreuenden Grundschulen“
an Schulen im
Landkreis Darmstadt-Dieburg**

Aufgrund der §§ 5, 16, 17, 30 und 53 der Hessischen Landkreisordnung (HKO) in der Fassung vom 01.04.2005 (GVBl. I S. 183), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21.07.2006 (GVBl. I S. 394), der §§ 1 bis 5 a und 10 des Hessischen Gesetzes über kommunale Abgaben (Hess. KAG) vom 17.03.1970 (GVBl. I S. 225), zuletzt geändert durch Gesetz vom 31.01.2005 (GVBl. I S. 54) sowie der Bestimmungen des Hessischen Verwaltungsvollstreckungsgesetzes (HessVwVG) in der Fassung vom 12.12.2008 (GVBl. I 2009 S. 2) hat der Kreistag des Landkreises Darmstadt-Dieburg in seiner Sitzung am folgende Änderungssatzung beschlossen.

Artikel 1

§ 2 Abs. 1 Ziffer 1.4. und Ziffer 1.5. erhalten folgende Fassung:

1.4. Gutenbergschule, Dieburg

für die Betreuung von 7.30 Uhr bis 14.00 Uhr	70,00 €
für die Betreuung von 7.30 Uhr bis 15.00 Uhr	85,00 €
für die Betreuung von 7.30 Uhr bis 16.00 Uhr	100,00 €

1.5. Marienschule, Dieburg

für die Betreuung von 7.30 Uhr bis 14.00 Uhr	70,00 €
für die Betreuung von 7.30 Uhr bis 15.00 Uhr	85,00 €
für die Betreuung von 7.30 Uhr bis 16.00 Uhr	100,00 €

Artikel 2

Diese Änderungssatzung tritt am 01.08.2010 in Kraft.

Finanzielle Auswirkungen:

Produkt: 1.03.09.03
 Investitionsmaßnahme:

Aufwendungen	2010	2011	2012
Sachkonto: 620 0000	18.454,00 EUR	44.290,00 EUR	44.290,00 EUR
Sachkonto: 640 0000	3.534,00 EUR	8.482,00 EUR	8.482,00 EUR
Sachkonto: 647 0000	1.697,00 EUR	4.073,00 EUR	4.073,00 EUR
Sachkonto: 601 1000	212,00 EUR	510,00 EUR	510,00 EUR
Erträge	2010	2011	2012
Sachkonto: 511 0000	18.583,00 EUR	44.600,00 EUR	44.600,00 EUR
Sachkonto: 548 2000	5.314,00 EUR	12.755,00 EUR	12.755,00 EUR

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
 Zustimmung (Ja):
 Ablehnung (Nein):
 Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FW	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Linke-DKP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Fraktionslos	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 10.

Vorlage-Nr.: 3605-2010/DaDi

Aktenzeichen: 412-022

Betreff: **Entwicklung der Arbeitslosenzahlen - Antrag Die Linke/DKP**

Beschluss: **abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

Die monatliche „Entwicklung der Arbeitslosenzahlen“ wird in der bestehenden (unvollständigen) Form nicht weiter publiziert. Sie wird wie unten aufgeführt von der Kreisverwaltung veröffentlicht.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
 Zustimmung (Ja):
 Ablehnung (Nein):
 Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> 1
FW	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Linke-DKP	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Fraktionslos	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 11.

Vorlage-Nr.: 3607-2010/DaDi

Aktenzeichen: 850-003

Betreff: **Verträge zur Reinigung an Schulen - Antrag Die Linke/DKP
(Antrag gemäß § 29 Abs. 2 Satz 2 HKO)**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Vorsitzender Dr. Lavies verweist auf § 29 Abs. 2 Satz 2 Hessische Landkreisordnung (HKO), wonach ein Akteneinsichtsausschuss zu bilden ist, wenn eine Fraktion dies beantragt.

Beschluss:

Wir beantragen Akteneinsicht in die, mit den privaten Dienstleistungsunternehmen Fa. Götz (Hauptsitz in Regensburg) und der Fa. Kurt-Service GmbH (Frankfurt) abgeschlossenen Verträge zur Reinigung unserer Schulen im Landkreis Darmstadt Dieburg.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
 Zustimmung (Ja):
 Ablehnung (Nein):
 Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FW	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Linke-DKP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Fraktionslos	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 11.1.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Bestimmung eines Akteneinsichtsausschusses**

Beschluss: **ungeändert beschlossen**

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss wird im Rahmen seiner nächsten Sitzung mit der Wahrnehmung der Aufgaben eines Akteneinsichtsausschusses nach § 29 Abs. 2 Satz 2 Hessische Landkreisordnung (HKO) beauftragt. Der Untersuchungsgegenstand ergibt sich aus dem Wortlaut der Vorlage-Nr. 3607-2010/DaDi – „Verträge zur Reinigung an Schulen im Landkreis Darmstadt-Dieburg“.

Über einen eventuellen Ausschluss der Öffentlichkeit entscheidet der Ausschuss.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
 Zustimmung (Ja):
 Ablehnung (Nein):
 Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FW	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Linke-DKP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Fraktionslos	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 12.

Vorlage-Nr.: 3608-2010/DaDi

Aktenzeichen: 219-014

Betreff: **Sanierung Berufsschulzentrum Nord - Antrag Die Linke/DKP**

Beschluss: **abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

Die Kreisverwaltung Darmstadt/ Dieburg wird aufgefordert mit den Verantwortlichen der Stadt Darmstadt in Verhandlungen zu treten. Ziel sollte sein, den von der Stadtverordneten Darmstadt am 17.12.2009 gefassten Beschluss, das Berufsschulzentrum Nord mittels einer ÖPP Maßnahme sanieren und erweitern zu lassen, zu revidieren.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
 Zustimmung (Ja):
 Ablehnung (Nein):
 Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FW	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Linke-DKP	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Fraktionslos	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 13.

Vorlage-Nr.: 3612-2010/DaDi

Aktenzeichen: 211-002

Betreff: **Einrichtung einer Ombudsstelle für den Bereich des Sozialgesetzbuches II (SGB II) - Antrag SPD, Grüne**

Beschluss: **geändert beschlossen**

Abg. Harth (Bündnis 90/Die Grünen) schlägt vor, im 2. Satz des Antrages das Wort „gegebenenfalls“ zu ergänzen und über den geänderten Beschlussvorschlag abzustimmen.

Vorsitzender Dr. Lavies stellt Einvernehmen aller Fraktionen fest, über den geänderten Beschlussvorschlag abzustimmen.

Beschluss:

Zur Ergänzung des Beschwerdemanagements in der Kreisagentur für Beschäftigung wird die Einrichtung einer ehrenamtlich besetzten Ombudsstelle geprüft, die vom Kreistag gewählt wird und diesem regelmäßig berichtet.

Der Kreisausschuss wird *gegebenenfalls* beauftragt, eine entsprechende Konzeption zu erstellen und dem Kreistag vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
 Zustimmung (Ja):
 Ablehnung (Nein):
 Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FW	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Linke-DKP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Fraktionslos	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 14.

Vorlage-Nr.: 3616-2010/DaDi

Aktenzeichen: 430-005

Betreff: **Entwicklung eines inklusiven Bildungssystems - Antrag SPD, Grüne**

Beschluss: **ungeändert beschlossen**

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird beauftragt im Rahmen des Schulentwicklungsplans zu prüfen, ob und unter welchen Bedingungen ein inklusives Schulsystem modellhaft entwickelt werden kann.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
 Zustimmung (Ja):
 Ablehnung (Nein):
 Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FW	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> 1
Die Linke-DKP	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Fraktionslos	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 15.

Vorlage-Nr.: 3617-2010/DaDi

Aktenzeichen: 213-005

Betreff: **Einrichtung von gebundenen Ganztagschulen - Antrag SPD, Grüne**

Beschluss: **ungeändert beschlossen**

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird beauftragt im Rahmen des Schulentwicklungsplans zu prüfen, ob und unter welchen Bedingungen das Angebot von gebundenen Ganztagschulen modellhaft entwickelt werden kann.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
 Zustimmung (Ja):
 Ablehnung (Nein):
 Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FW	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> 1
Die Linke-DKP	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Fraktionslos	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 16.

Vorlage-Nr.: 3618-2010/DaDi

Aktenzeichen: 714-001

Betreff: **Nordostumgehung - Antrag CDU, FDP und FW**

Beschluss: **geändert beschlossen**

Abg. Herbst (SPD) schlägt vor, im Punkt 1 die Stadt Darmstadt als Gesprächspartner zu ergänzen und über den geänderten Beschlussvorschlag abzustimmen.

Vorsitzender Dr. Lavies stellt Einvernehmen aller Fraktionen fest, über den geänderten Beschlussvorschlag abzustimmen.

Beschluss:

1. Der Kreisausschuss wird aufgefordert, unverzüglich in Gesprächen sowohl mit dem Hessischen Wirtschaftsministerium wie auch dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung *und der Stadt Darmstadt* sicherzustellen, dass der Status der Einstufung der Nordost-Umgehung Darmstadt in den „Vordringlichen Bedarf“ des Bundesverkehrswegeplans zumindest bis zu dessen Fortschreibung unverändert gewährleistet bleibt.
2. Der Kreisausschuss soll über das Hessische Wirtschaftsministerium bzw. über das Amt für Straßenbau klären, welche Änderungen bei der Projektplanung und welche Sonderwünsche der Stadt Darmstadt konkret und im Detail zu den jetzt aufgelaufenen Kosten geführt haben, die nicht vom Bund übernommen werden. Ein Bericht mit entsprechender Übersicht soll dem Kreistag vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
 Zustimmung (Ja):
 Ablehnung (Nein):
 Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FW	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Linke-DKP	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Fraktionslos	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 17.

Vorlage-Nr.: 3619-2010/DaDi

Aktenzeichen: 211-008

Betreff: **Schulentwicklungsplanung - Antrag CDU, FDP und FW**

Beschluss: **geändert beschlossen**

Vorsitzender Dr. Lavies stellt Einvernehmen des Kreistages fest, zuerst über die Vorlage-Nr. 3669-2010/DaDi und im Anschluss die Vorlage-Nr. 3668-2010/DaDi abzustimmen.

Abg. Landrock (CDU) gibt eine persönliche Erklärung ab.

Beschluss:

1. Der Kreistag Darmstadt-Dieburg bedauert es, dass die Gespräche über einen gemeinsamen SEP von Stadt und Kreis durch das Verlassen der gemeinsamen Verhandlungsbasis durch den städtischen Dezernenten abgebrochen sind, und fordert die Wiederaufnahme der Gespräche auf Basis der gemeinsam erarbeiteten Sachaussagen zum frühestmöglichen Zeitpunkt. Der Kreistag erwartet, dass der Kreisausschuss – ungeachtet der Notwendigkeit nunmehr bis Ende des Jahres erneut einen eigenen SEP zu erstellen – intensiv darum bemüht bleibt, über die Grenzen der Gebietskörperschaften hinweg eine Bildungsregion Darmstadt/Darmstadt-Dieburg zu schaffen.
2. Der KA wird aufgefordert, dem Kreistag einen Bericht über den Inhalt, die Kosten und den Umfang der bisher geleisteten Arbeiten der Beratungsagentur PP:Agenda (Herr Miller) zu erstatten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
 Zustimmung (Ja):
 Ablehnung (Nein):
 Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FW	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Linke-DKP	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Fraktionslos	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 17.1.

Vorlage-Nr.: 3668-2010/DaDi
 Aktenzeichen: 211-008
 Betreff: **Schulentwicklungsplanung
 Ergänzungsantrag FDP**
 Beschluss: **abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

Die DS 3619-2010/DaDi wird ergänzt um einen Punkt 3:

Der Kreisausschuss wird aufgefordert, beim Hess. Kultusministerium vorsorglich einen Antrag auf Fristverlängerung für die Abgabe des Schulentwicklungsplans zu stellen. Bei der Stadt Darmstadt soll auf ein gleichgerichtetes Vorgehen hingewirkt werden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
 Zustimmung (Ja):
 Ablehnung (Nein):
 Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FW	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> 1
Die Linke-DKP	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Fraktionslos	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 17.2.

Vorlage-Nr.: 3669-2010/DaDi

Aktenzeichen: 211-008

Betreff: **Schulentwicklungsplanung
Änderungsantrag SPD und Bündnis 90/Die Grünen**

Beschluss: **ungeändert beschlossen**

Beschluss:

3. Der Kreistag Darmstadt-Dieburg bedauert es, dass die Gespräche über einen gemeinsamen SEP von Stadt und Kreis durch das Verlassen der gemeinsamen Verhandlungsbasis durch den städtischen Dezernenten abgebrochen sind, und fordert die Wiederaufnahme der Gespräche auf Basis der gemeinsam erarbeiteten Sachaussagen zum frühestmöglichen Zeitpunkt. Der Kreistag erwartet, dass der Kreisausschuss – ungeachtet der Notwendigkeit nunmehr bis Ende des Jahres erneut einen eigenen SEP zu erstellen – intensiv darum bemüht bleibt, über die Grenzen der Gebietskörperschaften hinweg eine Bildungsregion Darmstadt/Darmstadt-Dieburg zu schaffen.
4. Der KA wird aufgefordert, dem Kreistag einen Bericht über den Inhalt, die Kosten und den Umfang der bisher geleisteten Arbeiten der Beratungsagentur PP:Agenda (Herr Miller) zu erstatten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
 Zustimmung (Ja):
 Ablehnung (Nein):
 Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FW	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Linke-DKP	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Fraktionslos	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 18.

Vorlage-Nr.: 3609-2010/DaDi

Aktenzeichen: 412-012

Betreff: **Eingliederungsmaßnahmen nach SGB II - Anfrage Die Linke/DKP**Beschluss: **Kenntnis genommen****Fragen der Fraktion von Die Linke/DKP:**

1. Wurden in der Optionskommune Kreisagentur für Beschäftigung (KfB) im Jahr 2009 Eingliederungsmaßnahmen nach dem europäischen Sozial-fonds angeboten ?

In 2009 wurden durch die Kreisagentur für Beschäftigung aus folgenden Programmen mit einer ESF-Finanzierung Eingliederungsmaßnahmen angeboten:

- Landesprogramm „Passgenau in Arbeit (PiA)“ -2009-
- Landesprogramm „Fit in Ausbildung und Beruf (FAUB)“
- Bundesprogramm „Integration durch Austausch (IdA)“

2. Erfolgte auf die Gelder derartige Maßnahmen ein direkter Zugriff durch die KfB oder wurde die Bundesagentur für Arbeit eingeschaltet/zwischen geschaltet um an die Gelder zu kommen ?

Die Zuschussmittel wurden durch die Kreisagentur bei der jeweiligen mittelverwaltenden Stelle (Wirtschafts- und Strukturbank in Wiesbaden für das Landesprogramm „PiA“ und Bundesministerium für Arbeit und Soziales in Berlin für das Bundesprogramm „IdA“) direkt beantragt.

Das Landesprogramm „FAUB“ wurde mit einem beauftragten Maßnahmeträger umgesetzt, dem eine Kofinanzierung aus Bundesmitteln (Eingliederungstitel) für den Maßnahmezeitraum gewährt wurde.

3. Welcher Art waren ggf. die Maßnahmen, die aus dem europäischen Sozial-fonds im Jahr 2009 finanziert wurden ?

Programm	Maßnahmen	Teilnehmer/-innen
Landesprogramm „Passgenau in Arbeit (PiA)“ -2009-	- Psychosoziale Betreuung - Suchtberatung - Schuldnerberatung - zusätzliche Kinderbetreuung - Sprachberatung	43 6 156 91 368
Landesprogramm „Fit in Ausbildung und Beruf (FAUB)“	Erfüllung der Vollzeitschulpflicht und Nachholen des Hauptschulabschlusses in - Darmstadt und - Dieburg	5 7
Bundesprogramm „Integration durch Austausch (IdA)“	Durchführung von betrieblichen Praktika im europäischen Ausland	14

	- <i>Vorbereitungsmaßnahme</i>	
<i>S u m m e :</i>		<i>690</i>

4. Wie viele Maßnahmen wurden hier durchgeführt ?

Siehe Punkt 3.

5. Mit wie vielen beteiligten Leistungsempfänger ?

Siehe Punkt 3.

Beschluss zu TOP 19.

Vorlage-Nr.: 3610-2010/DaDi

Aktenzeichen: 850-003

Betreff: **Schulreinigung - Anfrage Die Linke/DKP**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Fragen der Fraktion von Die Linke/DKP:

Im Landkreis Darmstadt/ Dieburg werden 166.500m³ der Schulreinigungsflächen in „Eigenreinigung“ nach TVöD und 177. 000m³ in „Fremdreinigung“ durchgeführt. Dabei beträgt die Unterhaltungsreinigung 17,58 €(Eigen) und die der Fremdreinigung 7,71 € Hierzu stellen wir folgende Fragen :

1. Wie viele Mitarbeiter/innen arbeiten aktuell in der Eigenreinigung (166.500 m³) als Teilzeitkräfte – als Vollzeitkräfte und als geringfügig Beschäftigte ?

Insgesamt sind 140 Kräfte in Teilzeit im Reinigungsdienst beim Da-Di Werk Gebäudemanagement beschäftigt.

Es gibt keine Vollzeitkräfte bzw. geringfügig Beschäftigte.

2. Wie viele Mitarbeiter / innen arbeiten in der Fremdreinigung (177. 000 m³) als Teilzeitkräfte – als Vollzeitkräfte und als geringfügig Beschäftigte ?

Hierzu sind keine Angaben möglich, da die Arbeitszeiten individuell durch die Firmen geregelt werden und einer ständigen Anpassung unterliegen.

3. Die Beschäftigte der Fremdreinigung werden nach einem Tarifvertrag der Gebäudereinigung mit 8,40 €pro Stunde entlohnt. Ist Bestandteil dieses Tarifvertrages
 - a) eine unentgeltliche Entlohnung in den Schulferien der Reinigungskräfte ?

Die Reinigungskräfte haben keine Schulferien. Von den 60 Ferientagen pro Jahr wird im Rahmen des Tarifvertrages für 30 Urlaubstage Lohn ausbezahlt.

- b) Eine Kürzung des Tagestundenkontingentes von 3 Stunden auf 2 Stunden und zehn Minuten der Reinigungsfläche

Die Arbeitszeiten werden individuell (nach Bedarf) und nicht durch Tarifvertrag geregelt.

- c) Die Abschaffung der Feiertagsbezahlung

Hierzu können keine Angaben gemacht werden, da nicht erläutert ist, was mit Feiertagsbezahlung konkret gemeint ist.

- d) Die Einbehaltung des Urlaubsgeldes ?

Ein Urlaubsgeld gibt es für die gewerblich Beschäftigten in der Gebäudereinigung nicht. Gemäß Tarifvertrag wird dem Urlaubslohn ein „zusätzliches Urlaubsgeld“ zum Urlaubslohn gewährt.

4. Wenn nein, auf welchen Tarifgrundlagen geschah dies bei den privaten Reinigungskräften (vgl. Bericht DE „Putzfrauen im spontanen Streik“)
(Fragen 3 und 4 bei der Firma Götz und Kurt Service GmbH erfragen)

Hierzu sind keine Angaben möglich.

- 4a) Kam es bei o.a. Vorfällen um die privaten Reinigungskräften (hier Firma Götz) zu irgendwelchen rechtlichen Auseinandersetzungen und wenn ja, wie war der Ausgang der etwaigen Prozesse ?

Hierzu sind keine Angaben möglich.

5. Wie geschieht in den Tarifverträgen der Gebäudereinigung die Lohndynamik im Vergleich nach TVÖD entlohten Reinigungskräften ? (Bei-spielrechnung einer ca. 30jährigen Reinigungskraft mit ca. 5 jähriger Berufserfahrung anonymisiert beifügen)

Bei den gewerblichen Tarifverträgen gibt es keine Lohndynamik

6. Der Landkreis Darmstadt /Dieburg erprobt zur Zeit an drei Schulen eine so genannte ergebnisorientierte Reinigung (EOR).Hierzu fragen wir an: An welchen Schulen des Landkreises sind wie viele Reinigungskräfte (Voll –Teilzeit oder geringfügig Beschäftigte) an dieser EOR Probe beteiligt ?

Die EOR wird an Schulen noch nicht erprobt. Es ist vorgesehen, hier eine Erprobung durchzuführen.

7. Wie lange dauert diese EOR Reinigung und zu welchem Zeitpunkt liegen aussagekräftige Ergebnisse vor ?

Hierzu können derzeit noch keine Angaben gemacht werden.

8. Werden die Kreistagsfraktionen in der Frage EOR involviert oder liegen derartige Untersuchungen der Geheimnispflicht ?

Eine Geheimnispflicht gibt es in der Verwaltung nicht. Zu gegebener Zeit kann in den Gremien auf Nachfrage über die Ergebnisse berichtet werden.

9. Werden die Personalräte und die GEW hier informiert ?

Die Erprobung erfolgt unter Einbeziehung des Personalrates des Da-Di Werks Gebäudemanagement.

10. Werden hier auch qualitative Aspekte der Reinigung an den Kreistags-schulen berücksichtigt ?

Dies ist der wesentliche Aspekt der EOR.

Wir bitten um exakte und vollständige Beantwortung unserer Fragen.

Beschluss zu TOP 20.

Vorlage-Nr.: 3611-2010/DaDi

Aktenzeichen: 211-002

Betreff: **Kein gemeinsamer Schulentwicklungsplan - Anfrage Die Linke/DKP**Beschluss: **Kenntnis genommen****Fragen der Fraktion von Die Linke/DKP:**

Nachdem der gemeinsame Schulentwicklungsplan zwischen der Stadt Darmstadt und dem Landkreis Darmstadt Dieburg eingestellt wurde (DE: „Das Gemeinsame gibt es nicht mehr“) stellen wir hierzu folgende Fragen:

1. Bisher sind 106.365,73 € für den Schulentwicklungsplan an die Vermittlungsagentur PP beglichen worden. Hiervon musste der Landkreis 81.242 € übernehmen. In welcher Kostenstelle/Produkt des WP 2010/2011 sind diese Kosten etatisiert ?

Die Kosten sind bei der Kostenstelle 345001 bzw. ab 2010 Produkt 1.03.09.02.00 Sachkonto 6179000 wie folgt veranschlagt:

2008 = 20.000 €

2009 = 50.000 €

2010 = 15.000 €

Derzeit beläuft sich die Abrechnung der Agentur PP: Agenda für den gemeinsamen Schulentwicklungsplan inklusive der Abwicklung des Forums auf 110.988,88 €. Hiervon beträgt der Anteil des Landkreises 61.966,10 €, der Anteil der Stadt 30.664,78 €, durch Sponsoring wurden 18.358,00 € übernommen.

2. Auf welcher vertraglicher Grundlage muss von den 106.365,72 € der Landkreis 81.242 € übernehmen und die Stadt Darmstadt weit weniger ?

Wie bei der Antwort zu 1 bereits ausgeführt beträgt der Kreisanteil 61.966,10 €. Dies entspricht den Kosten, die für die Schulen im Landkreis Darmstadt-Dieburg angefallen sind. Für die Stadt Darmstadt fallen geringere Kosten an, da sie in ihrer Trägerschaft weniger Schulen hat.

3. Welche Kosten fallen wegen vertraglicher Bindung und evtl. Unkündbarkeit eines Vertrages mit PP nach dem Scheitern des SEP für den Landkreis und für die Stadt Darmstadt zusätzlich an ?

Keine.

4. Welche Kosten entfielen für des Forums Regionale Schulentwicklung am 3. Februar 2010 in Kreishaus Darmstadt /Dieburg für die Stadt Darmstadt und für den Landkreis ?

Auf den Landkreis entfielen 10.544,25 €, auf die Stadt Darmstadt 5.272,13 €.

5. Fallen evtl. noch zusätzliche Kosten für beide Gebietskörperschaften im Zusammenhang mit dem SEP in Zukunft an ?

Eventuelle Kosten sind zum jetzigen Zeitpunkt nicht absehbar.

6. Erwägt der Landkreis Darmstadt /Dieburg nach den vorliegenden Realitäten evtl. einen eigenen Schulentwicklungsplan – also ohne Beteiligung der Verantwortlichen der Stadt Darmstadt- umzusetzen ? Wenn ja, welche Kosten für die den kreiseigenen SEP sind geplant und wo sind die im WP 2010/2011 ersichtlich ?

Der Landkreis Darmstadt-Dieburg hat die gesetzliche Verpflichtung, bis zum 31.12.2010 einen Schulentwicklungsplan für seine Schulen für die nächsten fünf Jahre vorzulegen. Diese Verpflichtung wird erfüllt werden. Falls eine Beschlussfassung im Dezember 2010 nicht mehr möglich ist, wird eine Verlängerung beim Hess. Kultusministerium beantragt.

Wie unter Ziffer 1 erläutert, sind die Mittel hierfür im Haushalt 2010/2011 etatisiert.

7. Hunderte Interviews wurden bisher geführt. Ein reichhaltiges Datenmaterial liegt für den Komplex SEP vor. Welche Schlüsse zieht Kreisbeigeordneter Fleischmann aus dem reichhaltigen vorliegenden Datenmaterial?

Das Datenmaterial ist Grundlage für die Erarbeitung des quantitativen, insbesondere aber des qualitativen Teils des Schulentwicklungsplanes, der derzeit erstellt wird.

8. Welche konkreten Folgen haben die Empfehlungen nun des Forums 1 (Übergänge Grundschule – weiterführende Schule) des Forums 2 (Zukunftspfade der Bildungsgänge bis Jahrgangsstufe 09/10) –des Forums 3 (Gymnasiale Bildungsgänge und ihre Standortperspektiven) – des Forums 4 (Organisationseinheit für Förderschulen) für den Landkreis Darmstadt Dieburg ?

Die Empfehlungen aus den Fachforen werden bei der Erstellung des Schulentwicklungsplanes für die Schulen des Landkreises Darmstadt-Dieburg berücksichtigt und ggf. eingearbeitet.

9. Was ist von der Aussage Herrn Molters(FDP) zu halten, dass die Arbeit an dem gemeinsamen SEP „vorerst ausgesetzt „ seien ?Ist evtl. nach den Kommunalwahlen 2011 mit einer Neuaufnahme des gemeinsamen SEP zu rechnen ?

Diese Aussage von Herrn Dr. Molter liegt nur per Pressebericht vor und nicht weiter dokumentiert.

Beschluss zu TOP 21.

Vorlage-Nr.: 3613-2010/DaDi
Aktenzeichen: 025-003
Betreff: **Projekt "D 115" - Anfrage FDP**
Beschluss: **Kenntnis genommen**

Fragen der FDP-Fraktion:

1. Welche Erkenntnisse zieht der Kreisausschuss aus dem ersten Jahresbericht des Bundesprojekts „D 115“ – Einführung einer zentralen Behörden-Rufnummer?

Die Strukturen der beteiligten Landkreise sind teils sehr heterogen und mit denen des Landkreises Darmstadt-Dieburg als „Kragenkreis“ um das Oberzentrum Darmstadt nur sehr bedingt vergleichbar. In Hessen haben sich bislang lediglich der Main-Taunus-Kreis, die Städte Frankfurt am Main und Offenbach sowie die Regierungspräsidien Darmstadt und Kassel beteiligt. Vor diesem Hintergrund sind auch die Ergebnisse des ersten Jahresberichts nicht in allen Bereichen auf die hiesige Situation übertragbar.

2. Sind die ermittelten Einsparpotenziale der bisher beteiligten Behörden durch verkürzte Bearbeitungszeiten und Entlastungen der Mitarbeiter für den Landkreis Darmstadt-Dieburg nachvollziehbar?

Die dargestellten Einsparpotenziale sind auch aufgrund des Jahresberichts nicht nachvollziehbar. Beispielsweise ist das Regierungspräsidium Darmstadt in der aktuell laufenden Pilotphase beteiligt, dennoch kann der Service im Regierungsbezirk Darmstadt nicht in Anspruch genommen werden. Die dargestellten Synergieeffekte erwecken gerade vor diesem Hintergrund einen eher theoretischen als praktischen Charakter.

Der Service von „D115“ wird in der Kreisverwaltung Darmstadt-Dieburg aktuell von drei Personen (2,5 Stellen) in der Telefonzentrale wahrgenommen. Diese Beschäftigten haben darüber hinaus auch noch Kenntnis über die tatsächliche Anwesenheit der Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter und können im Verhinderungsfall Gespräche an eine Stellvertretung vermitteln. Der Personalaufwand zum Betrieb einer einheitlichen Behördenrufnummer „D115“ im Landkreis Darmstadt-Dieburg liegt bei etwa 9 Stellen. Eine Entlastung der Sachbearbeitungen in diesem Umfang ist nicht nachvollziehbar.

3. Ist der Kreisausschuss bereit, erneut über eine Beteiligung an D 115-Projekt nachzudenken, falls deutliche Einsparmöglichkeiten für die Kreisverwaltung erkennbar sind?

Der Aufbau einer angemessenen Infrastruktur zum Betrieb einer einheitlichen Behördenrufnummer „D115“ setzt eine Bevölkerungszahl von mindestens einer Million Menschen voraus. Vor diesem Hintergrund erscheint eine Beteiligung des Landkreises Darmstadt-Dieburg nur im Verbund mit weiteren Partnern – insbesondere der Stadt Darmstadt – zielführend. Daher ist beabsichtigt, dies im Rahmen der Kooperation mit dem Odenwaldkreis, dem Kreis Groß-Gerau und der Stadt Darmstadt zu thematisieren. Grundlage hierfür kann der Erfahrungsbericht des Regierungspräsidiums Darmstadt sein. In Hessen wird aktuell ein Realisierungskonzept erstellt wonach bis 2013 flächendeckend das Projekt umgesetzt werden soll.

Die Erfahrungen, derartige Dienstleistungen zu zentralisieren haben in der Vergangenheit regelmäßig dazu geführt, theoretisch Einsparpotenzial aufzuzeigen. Praktisch wurde dieser

Mehraufwand weder beim „Hessen-Finder“ noch bei der Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie in adäquatem Umfang in Anspruch genommen.

Beschluss zu TOP 22.

Vorlage-Nr.: 3614-2010/DaDi

Aktenzeichen: 422-001

Betreff: **Investitionsprogramm "Kinderbetreuungsfinanzierung" - Anfrage FDP**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Fragen der FDP-Fraktion:

1. Wie und wo werden die 305.980 Euro eingesetzt, die der Kreis DA-DI lt. Medienberichten aus dem Investitionsprogramm des Bundes für die Betreuung von Kindern unter drei Jahren erhält?

Mit dem Betrag von 305.980,00 € wurde die Schaffung von 20 Krippeplätzen in zwei Gruppen durch die Kinderkrippe „Die Seesterne“ in Griesheim gefördert (300.000,00 €). Mit 5.980,00 € wurden Investitionen verschiedener Tagespflegestellen im Landkreis Darmstadt-Dieburg gefördert. Hierdurch werden 16 neue Betreuungsplätze geschaffen.

2. Inwieweit können damit das Prioritätenprogramm des Kreisausschusses und die Ausbauplanung an Betreuungsplätzen im Landkreis erfüllt werden?

Im Zuge der Ausbauplanung wurde durch die Beschlussgremien des Kreises als Ziel festgelegt, dass zum Eintritt des Rechtsanspruches von Kindern, die das dritte Lebensjahr noch nicht vollendet haben, auf Förderung in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege zum 01.08.2013 für 35% der Kinder Betreuungsplätze zu schaffen sind. Gemäß § 30 des Hessischen Kinder- und Jugendhilfegesetzbuches haben die kreisangehörigen Städte und Gemeinden in Zusammenarbeit mit den Trägern der freien Jugendhilfe den Bedarf an Plätzen für Kinder in Tageseinrichtungen und in der Kindertagespflege zu ermitteln. Die Gemeinden tragen in eigener Verantwortung dafür Sorge, dass die im Bedarfsplan vorgesehenen Plätze in Tageseinrichtungen und in der Kindertagespflege tatsächlich auch zur Verfügung stehen.

Durch die neu geschaffenen Plätze nähert sich der Landkreis Darmstadt-Dieburg ein Stück weit diesem Versorgungsziel.

Aktuell ist darauf hinzuweisen, dass dem Landkreis Darmstadt-Dieburg im Jahr 2010 durch das Land Hessen 2.179.000,00 € an Fördermitteln in Aussicht gestellt wurden. Der Abteilung Familienförderung liegen derzeit weitere Zuwendungsanträge vor, die aber aus unterschiedlichen Gründen noch nicht „bewilligungsreif“ sind.

3. Liegen inzwischen Erhebungen über den Bedarf zur Schaffung von Kinderbetreuungsplätzen der Städte und Gemeinden im Landkreis vor?

Aus der als Anlage beigefügten Zusammenstellung vom 15.06.2010 ergibt sich die aktuelle Versorgungssituation, soweit Rückmeldungen aus den kreisangehörigen Städten und Gemeinden hier eingegangen sind.

Vorsitzender Dr. Lavies schließt die Sitzung um 16:25 Uhr.

Ende der Niederschrift

Darmstadt, den 8. Juli 2010

Dr. Ralf-Rainer Lavies
Vorsitzender

Rainer Leiß
Schriftführer